

Stefan Collignon

Europas Sozialdemokratie in der Sackgasse?

Die Wahlen zum Europäischen Parlament zeichneten sich durch geringe Beteiligung und schwache Werte für sozialdemokratische Parteien aus. Um dieses nicht zu wiederholen, muss die europäische Sozialdemokratie deshalb perspektivisch für Erneuerung und Internationalisierung stehen.

Es war eine schlimme Wahl für Europas Parlament und seine Sozialdemokratie. Nur 43 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Die Legitimität einer Institution, die durch den Lissabon-Vertrag gestärkt werden soll, ist geschwächt.

Sozialdemokraten repräsentieren gerade noch ein Viertel der Abgeordneten im neuen Parlament. In großen Mitgliedsstaaten waren die Einbrüche dramatisch: In Deutschland fiel die SPD mit 20,8 % auf ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verlor die Partei über 10 Millionen Stimmen; 2,3 Millionen an andere Parteien und 7,9 Millionen an Nichtwähler. In Frankreich schrumpften Martine Aubreys Sozialisten um fast 20 % und sind nun kaum stärker (16,5 %) als die Grünen (16,3 %). In Großbritannien kam die Labour Party nur noch auf den 3. Platz hinter den euroskeptischen Konservativen und der europhoben UKIP Partei. Nur in Italien hat die linke Mitte leicht um 2,8 auf 26,1 % dazu gewonnen.

Europaweit hatten extremistische Parteien wenig Zulauf. 80 % der Abgeordneten sitzen in proeuropäischen Fraktionen. Allerdings geben die regionalen Resultate in Großbritannien, Österreich, Ungarn, Dänemark und der Slowakei Anlass zu Sorge. In den Niederlanden haben Rechtspopulisten auf Anhieb 16,9 % gewonnen, allerdings nahm die pro-europäische linksliberale



Stefan Collignon

(* 1951) ist seit 1997 Professor für europäische politische Ökonomie an der Sant Anna School of Advanced Studies in Pisa. Im Vorwärts Buch Verlag erschien 2007: *Bundesrepublik Europa? Die demokratische Herausforderung und Europas Krise.*

S.Collignon@lse.ac.uk

D66 ebenfalls deutlich zu. Im allgemeinen tendiert Europas politisches Spektrum zu größerer Polarisierung: Parteien, die wie die Grünen einen Wahlkampf mit Europa-themen führten, haben gewonnen; Parteien, die klar antieuropäisch waren auch. Sozialdemokratische Parteien, die versuchten, sowohl pro-europäisch wie nationalistisch zu sein (Frankreich, Niederlande) oder weitgehend Europa der Innenpolitik unterordneten (Deutschland), haben verloren.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklung? Sicherlich gibt es auf einem so vielfältigen Kontinent wie Europa zahlreiche lokale Eigenheiten. Dennoch lassen sich einige gemeinsame Problemfelder klar erkennen.

Europas Sozialdemokraten gelingt es nicht, sich in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise als glaubwürdige Alternative für eine neue Politik zu profilieren. Dies unterscheidet sie von Obamas Demokraten in den USA. Besonders die Sozialdemokraten an der Regierung pflegten eine zu große Nähe zu denen, die die

Krise verursacht haben, während Konservative mit ihren Parolen von Ethik, Pflicht und guten Sitten in einer moralischen (und nicht sozialen) Marktwirtschaft ein Gefühl von Sicherheit vermitteln. Aber viele sozialdemokratische Parteien haben die Akzeptanz der Marktwirtschaft inhaltlich nie wirklich verarbeitet. Anstatt eine linke marktwirtschaftliche Alternative zu präsentieren, haben sie sich häufig aus Opportunitätsgründen dem Mainstream angeschlossen. Dabei haben sie zu oft übersehen, dass neoklassischer Marktliberalismus die Grundnormen einer sozialen Marktwirtschaft verletzt. Diese Normen heißen Freiheit, Gleichheit, Solidarität – wobei letztere aus der Anerkennung des Anderen als einem freien und gleichen Partner erwächst.

Der seit 30 Jahren dominierende Neoliberalismus hat diese Werte auf Marktfreiheit reduziert. Soziale Gleichstellung wurde zum Tabu erklärt, der Staat auf seine Minimalfunktion als Ordnungsfaktor reduziert. Die Betonung von Effizienz hat vergessen lassen, dass Marktdynamik gerade auch im europäischen Binnenmarkt Gewinner und Verlierer schafft, und dass die Verlierer in die Gesellschaft integriert bleiben müssen. Statt wie die extreme Rechte und Linke Europäisierung und Globalisierung zu verdammen, und statt dem neoliberalen Transformationsprozess die Steine aus dem Weg zu räumen, wäre es Aufgabe der Sozialdemokratie, Europa sozial zu integrieren. Zwar ist der reine Umverteilungsstaat in den 70er Jahren gescheitert, aber die Probleme, wie die Scherentwicklung von international florierenden und globalisierungsgeschädigten Branchen zu überwinden ist, wie ärmere Regionen aufholen können, oder wie höhere Löhne aus Produktivitätsgewinnen bezahlt werden können, bleiben bestehen.

Seit 150 Jahren suchen Sozialdemokraten nach Antworten. Eine Lösung kommt am öffentlichen Sektor nicht vorbei. Man muss ihn nutzen, nicht um zu besteuern

und zu subventionieren, wie dies der alte Wohlfahrtsstaat versuchte, sondern indem der Staat aktiv die Produktionskraft der Wirtschaft fördert. Dies erfordert einerseits den Ausbau einer effizienten, europäischen Infrastruktur durch öffentliche und kreditfinanzierte Investitionen, nicht aber die Subvention notleidender Unternehmen. Andererseits lebt die private Wirtschaft von der Nachfrage ihrer Kunden und eine erfolgreich Prosperität schaffende Wirtschaftspolitik ist ohne eine wachstumsfördernde makroökonomische Globalsteuerung unmöglich, in der Geld-, Haushalts- und Lohnpolitik zusammenwirken. Sozialdemokraten wie seinerzeit Karl Schiller oder auch Helmut Schmidt und heute Poul Nyrup Rasmussen haben dies verstanden. Ordoliberalen Konservative, die einseitig auf die wirtschaftlichen Angebotsbedingungen starren, verschärfen dagegen die Krise. Ludwig Erhard ist daran in den 60er Jahren gescheitert, ebenso wie einst Reichskanzler Müller (SPD) und Brüning (Zentrumspartei). Wir sollten davon lernen: Am deutschen Wesen wird Europa nicht genesen, Frau Merkel!

Einzelstaatliches Denken als Hürde

Fortschrittliche Politik ist nur in einem demokratischen Regierungssystem durchzusetzen. Im Gegensatz zu konservativen Neoliberalen, die den demokratischen Staat schrumpfen wollen und soziale Probleme durch Unterwerfung unter die Moral von gestern zu lösen suchen, braucht sozialdemokratische Politik die Legitimität durch die Bürger. In Europa haben sich Sozialdemokraten dieser Aufgabe bisher nur unzureichend gestellt. Einige glauben, der Sozialstaat könne auch im europäischen Binnenmarkt mit einer Währung noch als Nationalstaat funktionieren. Andere haben sich dem Zeitgeist angepasst und versuchen als die besseren Neoliberalen Regie-

rungskompetenz zu beweisen. Für Europas Sozialdemokratie kann die Zukunft jedoch nur darin liegen, die gesellschaftlichen Ansprüche von individueller Freiheit und Emanzipation mit sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit zu verbinden und den Bürgern die demokratischen Instrumente in die Hand zu geben, mit denen sie ihre Interessen europaweit artikulieren und durchsetzen können. Für Jean Jaurès war Demokratie der Humus des Sozialismus. Heute ist europäische Demokratie der Humus des sozialen Europas.

Sozialdemokratische Politik kann nur als europäische Strategie konzipiert werden. Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration sind die traditionellen Nationalstaaten so stark miteinander verflochten, dass die Politik einer Regierung unweigerlich Folgen für andere hat. Dies erfordert Koordination der Politik. Aber in einem Europa von 27 autonomen Mitgliedsstaaten wird freiwillige Kooperation schwerfällig, wenn nicht unmöglich. Jede Regierung hat ihre Eigeninteressen, mit denen sie spezielle Wählerklientele bedient, aber eine europäische Regierung, die das Gesamtinteresse aller Bürger durchsetzt, fehlt. Die Folgen sind faule Kompromisse mit kleinstem gemeinsamen Nenner. Kein Wunder, dass die Bürger wenig Enthusiasmus für Europa verspüren. Das Problem ist nicht nur, dass das Europa der Regierungen schlechte Resultate produziert. Vielmehr sind die Bürger von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, selbst wenn sie die Hauptbetroffenen sind. Europa funktioniert wie das vor-demokratische *Ancien Regime*. Die Eliten entscheiden, die Bürger sollen klatschen. Dieses Politikverständnis mag mit der Autoritätsgläubigkeit konservativer Politiker vereinbar sein, für Sozialdemokraten ist es inakzeptabel. Das Grundsatzprogramm der SPD von Hamburg 2007 hat denn auch zu Recht eine demokratische, vom Parlament gewählte, europäische Regierung gefordert. Die Europawahl vom 7. Juni 2009 wäre die

Gelegenheit gewesen, einen Schritt in diese Richtung zu tun, Führungskraft zu beweisen, Menschen zu überzeugen. Leider wurde diese Chance verspielt. Das Wahlergebnis ist die Rechnung.

Wenig Enthusiasmus in Europa

Es ist Sozialdemokraten nicht gelungen ihre Wähler zu mobilisieren. Dies ist nicht erstaunlich: Es war eine Wahl, die keine war. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) stellte keinen eigenen Spitzenkandidaten als Alternative zu Kommissionspräsident Barroso auf. Der Fraktionschef im Europäischen Parlament hatte vor der Wahl erklärt, seine Fraktion werde den neoliberalen Portugiesen mitwählen, allerdings nur, wenn die Auswirkungen aller Gesetzesvorschläge auf die sozialen Sicherungssysteme geprüft würden. Es war das Anti-Obama Programm: »Change we can't believe in.« Die Hintergründe für diese Entscheidung waren sicherlich vielfältig, aber sie haben das üble Bild vom undurchsichtigen, undemokratischen Eliteklüngel in Brüssel bestärkt. Die SPD hätte hier Demokratie wagen können; statt dessen hat sie Europa einen Bären dienst erwiesen. Demokratie braucht Konflikt, Debatte, Konkurrenz. Ohne gemeinsame Spitzenkandidaten, die unterschiedliche Richtungen verkörpern und anschließend durchsetzen, hat eine Wahl keinen Sinn. Erfahrung zeigt, dass die Wahlbeteiligung um so größer ist, je mehr die Bürger das Gefühl haben, dass ihre Stimme zählt und dass sie eine Entscheidung herbeiführen können. Experten behaupten, das europäische Parlament gewinne neue Macht mit dem Lisabon Vertrag und dies sei gut für die Demokratie. Aber dieses Parlament kann keine politischen Richtlinien setzen und es schuldet den Wählern keine Rechenschaft, solange es unter dem Vormund der Regierungen steht. Die europäische Kommission ist die einzige Institution, die dem Ge-

samtinteresse der europäischen Bürger verpflichtet ist. Ihr Präsident hat eine führende Stellung. Es ist deshalb an der Zeit, dass dieses Parlament seine Rolle als Vertreter der Bürger erfüllt, Alternativen zur Wahl stellt und eine politische Kontrollfunktion übernimmt. Für Sozialdemokraten muss dies bedeuten: Keine Unterstützung für Barroso, eine eigenständige politische Linie entwickeln und beim nächsten Mal eine fortschrittliche Alternative präsentieren.

Die Unfähigkeit, sich zu erneuern, rührt auch von den verkrusteten Strukturen innerparteilicher Demokratie. Die SPE könnte hier innovative Führung zeigen, indem sie den Funktionärsklüngel durch demokratische Bürgerbeteiligung ausmistet. Sie könnte beispielsweise die Aufstellung von Wahllisten durch regionale Vorwahlen

entscheiden, bei der sich Kandidaten aus ganz Europa bewerben dürften. Damit würde die Unsitte verdiente »Auslaufmodelle« der nationalen Politik »nach Europa« abzuschieben, unterbunden. Stattdessen würde ein frischer Wind ins Segel der Sozialdemokratie blasen.

Sozialdemokraten tun sich nicht schwer mit Europa, wenn sie ihren fundamentalen Werten folgen: Seit 150 Jahren sind sie Internationalisten. Von Anfang an kämpften sie für Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Vor über 80 Jahren haben sie im Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Ohne Helmut Schmidt gäbe es den Euro nicht. Heute müssen wir einen neuen Schritt nach vorn wagen und das demokratische Europa bauen. Denn, wie Willy Brandt sagte: »Es gehört uns allen, dieses Europa.«

Rudolf Walther

Rollback der Spießer und Küchenpsychologen

Zum Fall Kurras

Der Aktenfund zum Todesschützen des 2. Juni 1967 hat eine ganze Phalanx von Journalisten in Bewegung gesetzt, die die Geschichte gerne umschreiben würden. Doch im Vergleich zu den wirklich wichtigen Fragen, die zu stellen wären, nimmt sich der »Fall Kurras« wie eine Lappalie aus.

Rudolf Walther

(* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

rudolf.walther@t-online.de



Wenn es hierzulande um »68« und die Folgen geht, beherrschen fast nur Denunziation, Spekulation, Verdacht und – im harmlosesten Fall – Küchenpsychologie die Stammtische wie die Medien. Nach dem

Zufallsfund der Akte Kurras kann man das einmal mehr beobachten. Der Westberliner Polizist, der Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 erschossen hat, war seit 1955 Stasi-Mitarbeiter und obendrein SPD- und SED-Mitglied. In den zwölf Jahren seiner Spitzeltätigkeit erhielt der Waffennarr Kurras rund 20.000 DM, also im Monat etwa 138 DM, die ein Drittel seiner monatlichen Kosten für Munition (300 bis 400 DM) deckten. Sehen so »Topagenten« aus? War das »ungewöhnlich viel Geld« (Stefan Aust)? Muss die Geschichte deshalb wieder einmal »umgeschrieben« werden? Steuerte Mielke